

Antrag

**der Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u. a. GRÜNE und
der Abg. Martin Rivoir u. a. SPD**

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie sie die Nachwuchssituation in den technischen Verwaltungsdiensten (verbeamtete und tariflich Beschäftigte) beim Land (inkl. Regierungspräsidien) sowie in den Gebietskörperschaften bewertet;
2. wie viele verbeamtete und angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes am 31. Dezember 2013 gab, aufgeschlüsselt nach tariflichem Status/Eingruppierung (mit Angabe der nachgeordneten Behörden und Dienststellen);
3. welche Informationen ihr dazu vorliegen, welchen Ausbildungshintergrund die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes haben und wie die Ausbildung zum gehobenen technischen und höheren technischen Dienst derzeit jeweils einzeln gestaltet ist (bitte einzeln angeben);
4. welche Personaldefizite bei den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und in den Gebietskörperschaften bereits bestehen und wie sich diese Situation absehbar entwickeln wird, auch bezogen auf einzelne Fachrichtungen (z. B. Straßenbauverwaltung);
5. wie bisher um Nachwuchskräfte für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften geworben wird;
6. welche Maßnahmen geplant sind, um dem Nachwuchsmangel in den technischen Verwaltungsdiensten beim Land und in den Gebietskörperschaften entgegenzuwirken;

7. ob es bereits Überlegungen gibt, ein Ausbildungskonzept zu schaffen, um zusätzliches Personal für die technischen Fachrichtungen im öffentlichen Dienst zu gewinnen (und ggf. welche);
 8. in welchem Umfang und ggf. in welchen Studiengängen das Land Baden-Württemberg bzw. die Gebietskörperschaften bisher bereits duale Partner der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) sind bzw. waren;
- II. zu prüfen, wie das Land – unter Beachtung des generellen haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs – als dualer Partner der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ein neues und spezifisches Ausbildungskonzept anbieten kann, um kontinuierlich qualifizierten Nachwuchs für die technischen Fachrichtungen des öffentlichen Diensts bereitzustellen und dem bereits eingetretenen Fachkräftemangel abzuhelpfen.

28.03.2014

Dr. Schmidt-Eisenlohr, Schwarz, Salomon, Häffner,
Manfred Kern, Lede Abal GRÜNE

Rivoir, Rolland, Heberer, Haller-Haid, Nelius SPD

Begründung

Durch den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in Baden-Württemberg, der sich durch den demografischen Wandel absehbar noch verschärfen wird, gelingt es immer weniger, qualifizierten Nachwuchs für die technischen Fachrichtungen des öffentlichen Diensts zu gewinnen. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft durch ihre höheren Gehälter im Wettbewerb um die wenigen Absolventinnen und Absolventen der technischen Studiengänge deutlich im Vorteil ist. Nachwuchskräfte in den technischen Berufen müssen für den öffentlichen Dienst frühzeitig mit einer soliden Ausbildung gewonnen werden und dann durch attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten an das Land und die Gebietskörperschaften gebunden werden. Mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg steht dafür in geradezu idealer Weise ein Kooperationspartner zur Verfügung, dessen Möglichkeiten durch eine enge und vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit genutzt werden sollte.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 6. Mai 2014 Nr.1-0305/454 nimmt das Innenministerium nach Beteiligung aller Ressorts, der nachgeordneten Dienststellen und der kommunalen Landesverbände zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. wie sie die Nachwuchssituation in den technischen Verwaltungsdiensten (verbeamtete und tariflich Beschäftigte) beim Land (inkl. Regierungspräsidien) sowie in den Gebietskörperschaften bewertet;

Zu 1.:

Unter Berücksichtigung der Rückmeldungen der Ressorts, der nachgeordneten Dienststellen und der kommunalen Landesverbände ist die Nachwuchssituation in den technischen Verwaltungsdiensten beim Land sowie in den Gebietskörperschaften überwiegend als problematisch zu bewerten.

Für das Land und die Gebietskörperschaften wird es zunehmend schwieriger, qualifizierten Nachwuchs für die technischen Fachrichtungen des öffentlichen Dienstes zu gewinnen. In den meisten technischen Verwaltungsdiensten ist bereits ein Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften erkennbar. Dieser Mangel wird sowohl an der Bewerberzahl als auch an der Bewerberqualität deutlich und in den kommenden Jahren voraussichtlich noch zunehmen. Als Gründe werden insbesondere die demografische Entwicklung, die aufgrund der sehr guten Wirtschaftslage noch größer gewordene Konkurrenz mit den privaten Unternehmen und nicht zuletzt das Vergütungsgefälle zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft genannt. Die Privatwirtschaft kann den auf dem Arbeitsmarkt begehrten Absolventinnen und Absolventen technischer Studiengänge häufig attraktivere Rahmenbedingungen bieten als der öffentliche Dienst.

Der Gemeindetag weist darauf hin, dass die Gewinnung von Fachkräften beispielsweise in den bautechnischen Berufen schon seit Jahrzehnten besonders konjunkturabhängig ist. In den letzten Jahren werde jedoch ein von der Baukonjunktur unabhängiger Ingenieurmangel festgestellt, der die Städte und Gemeinden stark treffe. Viele von ihnen reagieren darauf mit einer zunehmenden Privatisierung, d. h. Ingenieurleistungen werden „von außen“ zugekauft. Auf die Landtagsdrucksache 15/3414 („Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?“) wird verwiesen.

2. wie viele verbeamtete und angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes am 31. Dezember 2013 gab, aufgeschlüsselt nach tariflichem Status/Eingruppierung (mit Angabe der nachgeordneten Behörden und Dienststellen);

Zu 2.:

Soweit in den Geschäftsbereichen der Ministerien Personen in den technischen Verwaltungsdiensten tätig sind und hierzu Zahlen vorliegen, stellen sich diese wie folgt dar (höherer Dienst jeweils einschließlich B-Besoldung):

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Staatsministerium (StM)

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
StM	0	1	1	0	0	2	4

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (MFW)

a) Personen mit technischer Ausbildung in den Bereichen Architektur, Raumplanung, Maschinenwesen und Elektrotechnik.

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
MFW	18	6	0	3	3	0	30
Betriebsleitung Bundesbau (mit nachgeordneten Dienststellen)	53	145	2	41	148	65	454
Betriebsleitung Vermögen und Bau (mit nachgeordneten Dienststellen)	138	292	1	90	306	136	963
Summe	209	443	3	134	457	201	1447

b) Personen mit technischer Ausbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
MFW	1	1	0	0	0	0	2
OFD Karlsruhe (Landeszentrum für Datenverarbeitung – LZfD)	0	13	0	0	74	9	96
Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV)	0	7	0	0	2	0	9
Statistisches Landesamt (StaLA)	6	3	0	3	45	14	71
Summe	7	24	0	3	121	23	178

Innenministerium (IM)

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
IM	6	1	0	0	1	0	8
Regierungspräsidium Stuttgart	104	101	19	26	132	417	799
Regierungspräsidium Karlsruhe	81	74	12	23	89	323	602
Regierungspräsidium Freiburg	91	96	10	27	132	426	782
Regierungspräsidium Tübingen	90	149	55	28	142	248	712
Nachgeordneter Polizeibereich	2	11	2	2	23	272	312
Sonstige nachgeordnete Dienststellen (IZLBW, LfV, LFS)	7	46	2	3	137	19	214
Summe	381	478	100	109	656	1705	3429

Hinzu kommen bei der Landesfeuerwehrschule (LFS) ein Brandreferendar und zwei Brandinspektoranwärter in der Ausbildung. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die im IM beschäftigten Personen mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung (z. B. Informatik, Physik) mangels einer Laufbahn des informationstechnischen Dienstes dem allgemeinen Verwaltungsdienst angehören und daher in der Tabelle nicht erfasst sind. Zu den Überlegungen hinsichtlich der Schaffung eines informationstechnischen Dienstes wird auf Ziffer 6. verwiesen.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM)

In die nachfolgende Übersicht des UM sind alle Mitarbeiter/-innen in den umweltbezogenen Diensten, auch solche mit naturwissenschaftlich-technischem Hintergrund aus den Laufbahnen der besonderen Fachrichtungen einbezogen worden, da die umweltbezogenen Dienste insgesamt durch eine große technisch-naturwissenschaftliche Verwendungsbreite geprägt sind. Außerdem wurden IuK-Beschäftigte, die ab Januar 2015 in die neugeschaffene informationstechnische Laufbahn übergeleitet werden sollen, aufgenommen.

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
UM	94	11	0	9	4	0	118
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW)	77	29	0	65	81	84	336
Landratsämter	115	0	0	33	0	0	148
Summe	286	40	0	107	85	84	602

Das UM weist darauf hin, dass die Berechnungen zu den Landratsämtern nur die zum 31. Dezember 2013 besetzten hD-Stellen des UM bei den Landratsämtern enthalten. Darüber hinaus waren zum Stichtag noch 15 nichtkommunalisierte technische gD-Mitarbeiter/-innen bei den Landratsämtern auf kw-Stellen mit Ausscheiden des Stelleninhabers beschäftigt. Etwas mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer/-innen in E 13 waren Beamtenanwärter, die sich in der Laufbahn-Befähigungsphase befanden.

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachbereiche Landwirtschaft, Forsten sowie Vermessung- und Flurneuordnungsverwaltung (Stand: 1. Januar 2014):

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
MLR	81	16	0	16	28	0	141
Landwirtschaftliche und forstliche Anstalten	138	30	0	73	125	0	366
Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung	105	225	85	9	207	309	940
Landratsämter (Landwirtschaft, Vermessung- und Flurneuordnung, Forst)	468	14*	8*	65	7*	9*	571
Summe	792	285	93	163	367	318	2018

*) Anmerkung: Der überwiegende Teil wurde kommunalisiert.

Justizministerium (JuM)

Im Geschäftsbereich des JuM sind als technische Laufbahnen der mittlere und gehobene Werkdienst im Justizvollzug eingerichtet. In den Justizvollzugsanstalten des Landes gab es am 31. Dezember 2013 insgesamt 416 Stellen in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 11, 30 Stellen für Oberwerkmeisteranwärter, acht Stellen für Beschäftigte im Werkdienst in der Entgeltgruppe 6 TV-L und eine Stelle für Beschäftigte im technischen Dienst in der Entgeltgruppe 10 TV-L.

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI)

Dienststelle	Beamtinnen und Beamte			Angestellte			Summe
	hD	gD	mD	hD	gD	mD	
MVI	30	8	0	8	2	0	48
Landratsämter höherer bautechnischer Dienst (Straßenbauverwaltung)	50	0	0	5	0	0	55
Summe	80	8	0	13	2	0	103

Hinzu kommen 26 Baureferendarinnen und – referendare bei den Regierungspräsidien mit Anwärterbezügen. Außerdem sechs Personen im mittleren und gehobenen technischen Dienst bei den Landratsämtern, die im Rahmen der Verwaltungsreform 2005 beim Land geblieben sind. Die Stellen fallen mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber weg.

3. welche Informationen ihr dazu vorliegen, welchen Ausbildungshintergrund die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes haben und wie die Ausbildung zum gehobenen technischen und höheren technischen Dienst derzeit jeweils einzeln gestaltet ist (bitte einzeln angeben);

Zu 3.:

Die Ausbildungshintergründe der unter Ziffer 2. zusammengefassten mehr als 8.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes sind bedingt durch die Vielzahl der Aufgaben der Landesverwaltung äußerst vielfältig. Eine abschließende Aufzählung der vorhandenen Ausbildungen ist vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Die aus dem Geschäftsbereich des *StM* benannten vier Personen haben eine Ausbildung als Wirtschaftsinformatiker (BA), als Elektriker oder eine handwerkliche bzw. elektrotechnische Grundausbildung.

Im Geschäftsbereich des *MFW* haben die technischen Bediensteten der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung (VBV) in der Regel ein Studium in den Fachrichtungen Architektur, Maschinenwesen (z. B. Versorgungstechnik, Technische Gebäudeausrüstung, Maschinenbau o. ä.) oder Elektrotechnik absolviert. Vereinzelt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die ein Studium in den Fachrichtungen Vermessung, Bauingenieurwesen Schwerpunkt Baubetrieb oder Statik absolviert haben.

Dem Studium schließt sich eine interne Laufbahnausbildung (Vorbereitungsdienst) mit abschließender Staatsprüfung an. Der Vorbereitungsdienst für den gehobenen bautechnischen Dienst dauert 18 Monate und gliedert sich als duale Ausbildung in theoretische Lehrgänge beim Landesbetrieb Vermögen und Bau und Aufenthalte in der Verwaltungspraxis verschiedener Behörden im Wechsel. Das Baureferendariat für den höheren bautechnischen Dienst umfasst 24 Monate und ist ebenfalls als duale Ausbildung ausgestaltet.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik ist ein einschlägiges Studium (z. B. Informatik) Voraussetzung für die Einstellung. Zusätzlich bieten das MFW sowie bestimmte Dienststellen des nachgeordneten Bereichs (LZfD, LBV, StaLa) in Zusammenarbeit mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) ein dreijähriges duales Studium zum Bachelor of Science (Wirtschaftsinformatiker) an.

Für den Geschäftsbereich des *IM* wird exemplarisch auf die als *Anlage 1* beigelegte Liste mit den Ausbildungshintergründen des technischen Personals beim Regierungspräsidium Stuttgart, das mit ca. 2.700 Bediensteten die größte Behörde der Innenverwaltung ist, verwiesen. Die Liste belegt die große Bandbreite der Ausbildungen der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren, gehobenen und höheren Dienst.

Eigene Laufbahnregelungen bestehen im feuerwehrtechnischen Bereich bei der LFS. Der Ausbildungshintergrund ist hier durch die Vorgaben der drei Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des IM zum mittleren, gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst vorgegeben. Der Vorbereitungsdienst für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst dauert zwei Jahre. Er gliedert sich in insgesamt sieben Abschnitte (u. a. Grundausbildung, Führungsausbildung, zweigeteilter Brandinspektorlehrgang mit abschließender Laufbahnprüfung). Der Vorbereitungsdienst für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst dauert ebenfalls zwei Jahre. Er umfasst die Ausbildung, eine Zugführerprüfung und die Laufbahnprüfung.

Zu den zahlenmäßig ebenfalls stark tangierten (vgl. Ziffer 2.) Ressorts UM, MLR, JuM und MVI liegen folgende Informationen vor:

UM

Die Beamtinnen und Beamten des gehobenen und höheren Dienstes im UM und in den Landratsämtern sowie des mittleren und gehobenen Dienstes bei der LUBW gehören derzeit im Wesentlichen den beiden technischen Laufbahnen „bautechnischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Bauingenieurwesen mit dem

Schwerpunkt Wasser- und Abfallwirtschaft“ sowie „technischer Gewerbeaufsichtsdienst“ an. Im höheren Dienst bei der LUBW gehören weniger als die Hälfte der Beamtinnen und Beamte diesen technischen Laufbahnen an. Die übrigen hD-Beamtinnen und Beamten stammen dort aus den Laufbahnen der besonderen Fachrichtungen mit naturwissenschaftlich-technischem Hintergrund. Dieser fachliche Hintergrund gilt auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des vergleichbaren höheren Dienstes bei der LUBW. Ansonsten handelt es sich bei der überwiegenden Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umweltministerium, bei LUBW und bei den Landratsämtern um Bedienstete mit ausschließlich technischem Hintergrund.

MLR

Das Personal in den technischen Verwaltungsdiensten im Geschäftsbereich des MLR hat eine fachbezogene Ausbildung bzw. ein fachbezogenes Studium sowie den Vorbereitungsdienst bzw. ein Trainee-Programm absolviert.

Landwirtschaftsverwaltung:

Im gehobenen Dienst ist ein Diplom- oder Bachelorstudium in einem der Schwerpunktgebiete Landbau, Obst- und Gartenbau, Haushalt und Ernährung oder Weinbau erforderlich. Daran schließt sich ein 16-monatiger Vorbereitungsdienst (hierbei handelt es sich um eine zentrale, landeseinheitliche Ausbildung, die von den Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe koordiniert wird) an. Im höheren Dienst wird ein Diplom- oder Masterstudium in einem der Schwerpunktgebiete Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau oder Ökotrophologie gefordert. Daran schließt sich ein 19-monatiger Vorbereitungsdienst an.

Forstverwaltung:

Im gehobenen Dienst ist Voraussetzung ein forstwirtschaftliches Diplom- oder Bachelorstudium und eine zweijährige Traineezeit. Im höheren Dienst werden ein konsekutives forstwirtschaftliches Diplom- oder Masterstudium und eine zweijährige Traineezeit verlangt.

Vermessungs- und Flurneuerungsverwaltung:

Im gehobenen Dienst werden ein Bachelorstudium des Vermessungs- und Geoinformationswesens und ein 18-monatiger Vorbereitungsdienst vorausgesetzt. Im höheren Dienst sind ein Masterstudium des Vermessungs- und Geoinformationswesens und ein 22-monatiger Vorbereitungsdienst erforderlich.

JuM

Eine Laufbahn des höheren technischen Dienstes bzw. eine vergleichbare Laufbahn im Werkdienst ist nicht eingerichtet. Die Einstellungsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst als Werkbeamter im Justizvollzug sind in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten – APrO JVA Werk – geregelt. Vorausgesetzt wird unter anderem eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung, eine für die Laufbahn geeignete Ausbildung in einem öffentlich rechtlichen Ausbildungsverhältnis oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand und die Meisterprüfung in einer von der einstellenden Justizvollzugsanstalt geforderten Fachrichtung, eine als gleichwertig anerkannte Prüfung oder das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer staatlichen oder staatlich anerkannten Technikerschule.

MVI

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Verwaltungen haben überwiegend ein Studium der Ingenieurwissenschaften absolviert und anschließend über einen Vorbereitungsdienst und das Bestehen der Laufbahnprüfung die Laufbahnbefähigung für den gehobenen oder den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst (Fachrichtung Bauingenieurwesen mit dem Schwerpunkt Straßenwesen und Verkehrstechnik bzw. Fachrichtung Architektur mit dem Schwerpunkt Städtebau, Raumordnung und Landesplanung) erworben.

Die Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes für den gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienst ist in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienst näher geregelt. Der Vorbereitungsdienst ist seit einigen Jahren ausgesetzt, da die knappe Stellensituation eine Übernahme im Anschluss an den Vorbereitungsdienst erschwert. Künftig soll die Ausbildung im gehobenen Dienst über ein Trainee-Programm erfolgen.

Der Vorbereitungsdienst für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst (Baureferendariat) ist in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst geregelt. Das Baureferendariat dauert zwei Jahre und schließt mit der großen Staatsprüfung ab. Ausbildungsbehörden sind die Regierungspräsidien. Das Baureferendariat gliedert sich in eine theoretische Ausbildung (Lehrgänge und Seminare) und in eine praktische Ausbildung, in der die Referendarinnen und Referendare die verschiedenen Bereiche der Straßenbauverwaltung (Verwaltungspraxis, Planung, Bauaufsicht, Bauabwicklung, Betriebsdienst) kennen lernen. Durch praktische Mitarbeit in den einzelnen Dienststellen werden die Referendarinnen und Referendare auf ihre spätere Tätigkeit als Nachwuchskräfte in der Straßenbauverwaltung vorbereitet. Auch das Städtebaureferendariat gliedert sich in eine theoretische Ausbildung (Lehrgänge und Seminare) und in eine praktische Ausbildung in der städtebaulichen Planung (u. a. Bau- und Bodenrecht sowie Grundstückswesen) einschließlich Stadterneuerung, in der Raumordnung, in der Landesplanung, im Naturschutz und im Denkmalschutz bei staatlichen oder kommunalen Dienststellen.

4. welche Personaldefizite bei den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und in den Gebietskörperschaften bereits bestehen und wie sich diese Situation absehbar entwickeln wird, auch bezogen auf einzelne Fachrichtungen (z. B. Straßenbauverwaltung);

Zu 4.:

Das *MFV* weist darauf hin, dass die Personalsituation im Ingenieurbereich aufgrund der Rahmenbedingungen angespannt ist. Gerade hier gab es aber in den letzten Jahren insbesondere mit Blick auf die Klimaschutzziele einen starken Aufgabenzuwachs. Die unter Ziffer 1. dargelegten Gründe erschweren es künftig noch mehr, insbesondere für den tariflichen Bereich qualifizierte technische Fachkräfte für die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung zu gewinnen. Gleichermäßen schwierig ist es, Beschäftigte mit Informatik-Hintergrund für die Verwaltung zu gewinnen.

Im Geschäftsbereich des *IM* weisen die Regierungspräsidien darauf hin, dass in den technischen Bereichen Personaldefizite gesehen werden, namentlich in der Straßenbauverwaltung, im Bereich Gewässer und Boden, in der Gewerbeaufsicht, im Naturschutz und im Städtebau. Die Regierungspräsidien verweisen darauf, dass sich die Situation durch die Einsparprogramme, die bis mindestens 2020 andauern werden, noch verschärfen dürfte.

Das *UM* weist darauf hin, dass die Erfahrungen aus Besetzungsverfahren in den vergangenen Jahren zeigen, dass sich die unter Ziffer 1. genannten Gründe vor allem im gehobenen und mittleren Dienst nachteilig auswirken. Im höheren Dienst hat u. a. die im Zuge des Bologna-Prozesses zugenommene Diversifizierung in den „klassischen“ Fächergruppen oder Studienbereichen dazu geführt, dass eine ganze Reihe von neuen Studienfächern mit umweltbezogenen Inhalten geschaffen wurden und es deshalb jedenfalls derzeit noch gelingt, qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen. Schwierig gestaltet sich die Situation im Geschäftsbereich des *UM* allerdings weiterhin bei der Gewinnung von Bauingenieuren. Sehr schwierig zu finden sind auch qualifizierte junge Maschinenbauer und Elektroingenieure.

Außerdem weist das *UM* auf die negativen Auswirkungen der Stelleneinsparprogramme für eine qualifizierte Nachwuchsgewinnung hin, die die Kontinuität bei Neueinstellung und Ausbildung von Nachwuchskräften weiterhin unmöglich machen. Frei werdende Stellen im *UM*-Geschäftsbereich müssen auch in den nächsten Jahren in der Regel gestrichen werden. Solange nicht wenigstens jede zweite freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden kann oder dauerhafte Einstellungskorridore für Nachwuchskräfte geschaffen werden, wird deshalb in der Umweltverwaltung auch in den kommenden Jahren grundsätzlich keine planmäßige Nachwuchskräftegewinnung möglich sein.

Das *MLR* weist für seinen Geschäftsbereich auf einen erkennbaren Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften hin. Im vermessungstechnischen Verwaltungsdienst sei das Personaldefizit gemessen am Bedarf am deutlichsten. Insbesondere im gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst seien deutliche Lücken zu verzeichnen und das Personaldefizit werde sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch erhöhen. Beim landwirtschaftlichen Verwaltungsdienst können im Bereich des höheren Dienstes einzelne Stellen nicht mehr dauerhaft besetzt werden, weil entsprechende qualifizierte Nachwuchskräfte fehlen. Im gehobenen landwirtschaftstechnischen Verwaltungsdienst sind die Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst in den letzten zwei Jahren zurückgegangen, sodass auch hier mit Personaldefiziten zu rechnen sei. Beim Forstdienst sind im höheren Dienst in diesem Jahr erstmals Probleme bei der Besetzung von Stellen mit qualifizierten Nachwuchskräften aufgetreten. Im gehobenen technischen Forstdienst sind derzeit noch keine Personaldefizite vorhanden. Allerdings sei auch hier eine negative Entwicklung für die Zukunft nicht auszuschließen.

Das *JuM* führt aus, dass freie Ausbildungsstellen im Werkdienst im Justizvollzug bislang in aller Regel besetzt werden konnten. Der Werkdienst stelle für Handwerker, die den Schritt in die Selbstständigkeit scheuen, eine mit den Vorzügen des öffentlichen Dienstes versehene attraktive Alternative zur Privatwirtschaft dar. Das *JuM* betont, dass in Regionen des Landes mit annähernder Vollbeschäftigung in manchen Branchen des Werkdienstes im Justizvollzug (v. a. Elektro und Metall) die Zahl der geeigneten Bewerber seit einiger Zeit kaum die Zahl der offenen Stellen übersteigt. Bei weiterhin positiver wirtschaftlicher Lage dürfte sich diese Situation eher verschärfen.

Das *MVI* weist auf das Risiko hin, dass die Reduzierung des Stellenkörpers – insbesondere bei den Regierungspräsidien – die Arbeitsfähigkeit der Straßenbauverwaltung zunehmend infrage stellen kann. Kontinuität bei den Ausbildungs- und Einstellungszahlen sei dringend erforderlich, um die technischen Verwaltungen arbeitsfähig halten zu können. In der Straßenbauverwaltung führte und führt die aktuelle Altersstruktur dazu, dass in der Vergangenheit und in den nächsten fünf Jahren überproportional viele Personen in den Ruhestand getreten sind oder treten werden. Diese müssen zwingend nachbesetzt werden, um die Funktionsfähigkeit der Straßeninfrastruktur zu erhalten.

Die *kommunalen Landesverbände* weisen darauf hin, dass derzeit ausgeschriebene Stellen im Regelfall zwar besetzt werden können. Allerdings müssen teilweise mehrmalige Ausschreibungen erfolgen (vgl. Ziffer 1.), was zu vorübergehenden Personaldefiziten führen kann. Die bestehenden Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stellen im technischen Verwaltungsdienst werden auch zukünftig erwartet. Von einer weiteren Verschlechterung der Bewerbersituation aufgrund des demografischen Wandels und des Fortschreitens des Fachkräftemangels wird ausgegangen.

5. wie bisher um Nachwuchskräfte für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften geworben wird;

Zu 5.:

Die Ministerien des Landes und die Mitglieder der kommunalen Landesverbände werben im Rahmen ihres Personalmarketings aktiv um zukünftiges Personal und damit auch um technische Fachkräfte. Dabei kommt eine Vielzahl von Werbemaßnahmen zum Einsatz. Hierzu gehören Stellenausschreibungen bei der Bundesagentur für Arbeit, im Staatsanzeiger, in regionalen und überregionalen Tageszeitungen sowie in Fachzeitungen. Im Internet wirbt das Land beispielsweise auf den Internetseiten der Ministerien und gegebenenfalls der nachgeordneten Dienststellen für eine Tätigkeit auch und gerade in den technischen Verwaltungsdiensten. Dort sind unter anderem Informationen zu den unterschiedlichen Laufbahnausbildungen und die jeweiligen Aufnahmevoraussetzungen sowie in der Regel die Namen von Kontaktpersonen genannt.

Ergänzend verstärken gerade die Ressorts und Gebietskörperschaften mit Personal in den technischen Verwaltungsdiensten ihre Aktivitäten, Interessentinnen und Interessenten direkt anzusprechen und so über Beschäftigungsmöglichkeiten in den technischen Bereichen zu informieren. Dies erfolgt beispielsweise über gezielte Werbeoffensiven durch Handzettel und Plakate, die regelmäßige Teilnahme

an Berufsinformations- oder Berufsausbildungsmessen (regional und überregional) und nicht zuletzt die Nutzung der sozialen Medien. An den Hochschulen und Universitäten des Landes werden die Studierenden geeigneter technischer Studiengänge vor Ort über Möglichkeiten und Perspektiven einer Tätigkeit in den technischen Verwaltungsdiensten informiert. Außerdem beteiligen sich einzelne Ressorts und insbesondere die Mitgliedskommunen der kommunalen Landesverbände an der Berufsorientierung an den Realschulen und Gymnasien (BORS und BOGY).

6. welche Maßnahmen geplant sind, um dem Nachwuchsmangel in den technischen Verwaltungsdiensten beim Land und in den Gebietskörperschaften entgegenzuwirken;

Zu 6.:

Die von den Ressorts und den Gebietskörperschaften bereits angewandten Maßnahmen werden fortgeführt und nach Möglichkeit weiter intensiviert. Die Ressorts unterstützen dabei die Bemühungen der Landesregierung, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt zu steigern.

Außerdem überarbeiten die Ressorts mit Personal in den technischen Verwaltungsdiensten derzeit das Ausbildungs- und Laufbahnrecht für die jeweiligen technischen Verwaltungsdienste bzw. haben die Arbeiten hierzu bereits abgeschlossen. Ein modernisiertes Ausbildungs- und Laufbahnrecht soll teilweise ein Trainee-Programm als attraktive Alternative zum bisherigen Vorbereitungsdienst mit abschließender Laufbahnprüfung zulassen, Quereinstiege erleichtern (kürzerer Vorbereitungsdienst oder Verzicht darauf durch die Anrechnung förderlicher Berufsvorzeiten) und zusätzliche Verbeamtungsmöglichkeiten (u. a. im IT-Bereich durch eine geplante Laufbahn des informationstechnischen Dienstes) schaffen. Die Einzelheiten regeln die Ressorts in eigener Zuständigkeit.

Ergänzend zu den unter Ziffer 5. genannten Maßnahmen teilt der Landkreistag mit, dass die Landkreise derzeit daran arbeiten, ihr Instrumentarium zur Nachwuchsgewinnung auszuweiten. Auf Ebene der Haupt- und Personalamtsleiter der Landkreise finden bereits Erfahrungsaustausche zur Erörterung von sogenannten Best Practice Beispielen statt.

7. ob es bereits Überlegungen gibt, ein Ausbildungskonzept zu schaffen, um zusätzliches Personal für die technischen Fachrichtungen im öffentlichen Dienst zu gewinnen (und ggf. welche);

Zu 7.:

Im Hinblick darauf, dass die Ressorts mit technischem Personal das Ausbildungs- und Laufbahnrecht für die jeweiligen technischen Verwaltungsdienste in eigener Zuständigkeit regeln, gibt es derzeit keine Überlegungen für ein einheitliches Ausbildungskonzept zur Gewinnung zusätzlichen Personals für die technischen Fachrichtungen.

Das MVI teilt für den Bereich der Straßenbauverwaltung und das MLR für den Bereich der Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung mit, dass ressortbezogene konzeptionelle Überlegungen laufen (MVI) bzw. bereits in Umsetzung sind (MLR), um Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung zu bündeln.

Ergänzend wird auf die Ausführungen unter Ziffer 6. verwiesen.

8. in welchem Umfang und ggf. in welchen Studiengängen das Land Baden-Württemberg bzw. die Gebietskörperschaften bisher bereits duale Partner der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) sind bzw. waren;

Zu 8.:

Das StM hat aufgabenbedingt zwar wenig Bedarf an Bediensteten im technischen Verwaltungsdienst. Mit der DHBW besteht aber bereits seit vielen Jahren eine Kooperation im Studiengang Wirtschaftsinformatik. Daneben ist das StM Kooperationspartner der DHBW in den Studiengängen BWL – Medien- und Kommuni-

kationswirtschaft und Journalismus sowie BWL – Messe-, Kongress- und Eventmanagement. In den genannten Studiengängen wird jeweils ein Ausbildungsplatz angeboten.

Im Geschäftsbereich des *MFV* bestehen mit der DHBW Partnerschaften für den Studiengang Maschinenbau, Vertiefungsrichtung Versorgungs- und Energiemanagement (bis zu einem Studienplatz pro Jahr), und für den Studiengang Wirtschaftsinformatik, Vertiefungsrichtung Verwaltungsinformatik (bis zu acht Studienplätze pro Jahr).

Nach Mitteilung des *Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK)* sind in den technischen Studiengängen zum Wintersemester 2013/2014 insgesamt 50 Studienanfänger bei der DHBW eingeschrieben, von denen bei 26 Studienanfängern das Land Baden-Württemberg als dualer Partner und bei 24 Studienanfängern eine Gebietskörperschaft als dualer Partner in technischen Studiengängen (inkl. Wirtschaftsinformatik) ausbildet. Im Einzelnen wird auf die beigefügte *Anlage 2* verwiesen.

Bereits seit 1986 werden an der DHBW (vormals Berufsakademie) Studierende der öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen insbesondere in der Informatik und Wirtschaftsinformatik gemeinsam ausgebildet. Im Vergleich zu der Gesamtzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger mit 12.276 Studienanfängern (1. Fachsemester, Quelle: Vorbericht StaLA, Februar 2014), ist der Anteil von Studienanfängern mit dualen Partnern mit knapp 0,4% gering.

Das zum Geschäftsbereich des *IM* gehörende Informatikzentrum der Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) kooperiert seit dem Jahr 2010 mit der DHBW im Studiengang Informatik. Das IZLBW stellt seither im Schnitt jährlich zwei bis drei duale Studierende ein. 2013 konnte der erste DHBW-Absolvent in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Im Wintersemester 2013/2014 wurden drei Studienanfänger aufgenommen.

Im Geschäftsbereich des *UM* besteht mit der DHBW Karlsruhe bereits seit dem Jahr 1986 eine Partnerschaft für den Studiengang Informatik. Die LUBW bietet in ihrer Außenstelle in Stuttgart einen Studienplatz pro Jahr an.

Im Geschäftsbereich des *MLR* ist das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) seit vier Jahren Partner der DHBW und bildet in dieser Partnerschaft im Studiengang Informatik jährlich in der Regel zwei bis drei Nachwuchskräfte für den eigenen Bedarf aus. Die ersten ausgebildeten Informatiker wurden bereits eingestellt. Hier wurden im Wintersemester 2013/2014 drei Studienanfänger aufgenommen.

Kommunale Landesverbände

Der Gemeindetag teilt mit, dass den Mitgliedsstädten und -gemeinden eine Ausbildung technischer Fachkräfte im Sinne der Anfrage aufgrund ihrer Aufgaben und Verwaltungsstrukturen in der Regel nicht möglich sei. Konkrete Angaben lägen nicht vor. Es sei von wenigen Einzelfällen auszugehen.

Der Städtetag weist darauf hin, dass Kooperationen mit der DHBW derzeit hauptsächlich im sozialen Bereich bestehen (z. B. Bachelor-Studiengänge Soziale Dienste in der Jugend, Soziale Arbeit und Sozialwirtschaft). Im betriebswirtschaftlichen Bereich gibt es vereinzelt Partnerschaften etwa in den Studiengängen BWL-Wirtschaftsförderung und BWL-Öffentliche Wirtschaft. Die Stadt Ulm unterhält eine Kooperation mit der DHBW Heidenheim im Studiengang Wirtschaftsinformatik. Die Stadt Karlsruhe ist Partner der DHBW in den Studienrichtungen BWL-Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsinformatik, BWL-Öffentliche Wirtschaft, Soziale Arbeit, Sozialwirtschaft und Energie- und Umweltechnik. Die Stadt Heidelberg ist Partner der DHBW in den Studiengängen Kinder- und Jugendarbeit (DHBW Stuttgart), Medien- und Kommunikationsmanagement (DHBW Mannheim), Messe-, Kongress- und Eventmanagement (DHBW Mannheim), Soziale Arbeit in der Elementarerziehung (DHBW Stuttgart), Soziale Dienste in der Jugend-, Familien- und Sozialhilfe (DHBW Stuttgart), BWL-Öffentliche Wirtschaft (DHBW Mannheim), BWL-Wirtschaftsförderung (DHBW Mannheim) und Wirtschaftsinformatik (DHBW Mannheim). Daneben sind dem Städtetag keine Kooperationen im technischen Bereich bekannt.

Der Landkreistag teilt ergänzend mit, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag von Baden-Württemberg vor kurzem angefragt habe, ob sich der Landkreistag eine Mitwirkung bei der Einstufung eines speziellen Studiengangs für die technischen Fachverwaltungen in den Kommunen in Baden-Württemberg durch die DHBW vorstellen könne. Diese Idee habe der Landkreistag sehr positiv aufgenommen und werde der DHBW unmittelbar Unterstützung anbieten.

II. zu prüfen, wie das Land – unter Beachtung des generellen haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs – als dualer Partner der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ein neues und spezifisches Ausbildungskonzept anbieten kann, um kontinuierlich qualifizierten Nachwuchs für die technischen Fachrichtungen des öffentlichen Diensts bereitzustellen und dem bereits eingetretenen Fachkräftemangel abzuhelpfen.

Zu II.:

Nachdem mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik für Beschäftigte im IT-Bereich bereits eine seit Jahren funktionierende Partnerschaft mit der DHBW besteht, wird sich laut MFW die Prüfung einer eventuell erweiterten Zusammenarbeit vor allem auf den bautechnischen Dienst in der Hochbauverwaltung konzentrieren. Bislang rekrutiert sich der Nachwuchs hier sowohl aus der internen Laufbahnausbildung als auch aus der Einstellung von Bewerbern als tariflich Beschäftigte.

Zu prüfen ist, inwiefern im Rahmen eines Studiums an der DHBW ein neuer Bewerberkreis erschlossen und damit dem Fachkräftemangel beim technischen Personal begegnet werden könnte. Dabei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, welche Inhalte mit Blick auf das derzeitige Studienangebot ein auf die spezifischen Bedürfnisse der Hochbauverwaltung zugeschnittenes Studium bieten müsste.

In die Prüfung sind zudem die möglichen haushaltsmäßigen Auswirkungen und die Erfahrungen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik einzubeziehen. Hier zeigt sich, dass die unmittelbare Bindung von Schulabsolventen an den Arbeitgeber Land nicht zwangsläufig eine erhöhte Garantie für den Verbleib in der Verwaltung bietet. Nicht zuletzt aufgrund der besseren Verdienstmöglichkeiten wechseln mehr als zwei Drittel der Absolventen anschließend in die freie Wirtschaft.

Seitens der Landesregierung gibt es bislang keine Überlegungen, ein solches spezifisches Ausbildungskonzept zu schaffen, um zusätzliches Personal für die technischen Fachrichtungen im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Die Anforderungen an Beschäftigte des technischen Verwaltungsdiensts sind nach Einschätzung der DHBW vergleichbar mit denen der Privatwirtschaft.

Sofern es trotzdem eine nachhaltige Nachfrage von Einrichtungen des Landes und der Gebietskörperschaften nach spezifischen Qualifikationen für den technischen Verwaltungsdienst und nach entsprechenden technischen Studienangeboten an der DHBW geben sollte, kann von der DHBW geprüft werden, ob und inwieweit das dortige Studienangebot curricular erweitert werden kann. Sofern dies geschieht, könnte die öffentliche Hand als Dualer Partner erfahrene Experten als Dozentinnen und Dozenten an die Hochschule entsenden.

Ob der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst mit einem solchen neuen Studienangebot abgebaut werden kann, hängt nicht zuletzt auch davon ab, inwieweit sich das Land und die Gebietskörperschaften als attraktive Arbeitgeber für die besten Studienanfängerinnen und -anfänger sowie die besten Absolventinnen und Absolventen präsentieren können. Der öffentliche Dienst steht als Ausbildungspartner mit den übrigen Ausbildungsunternehmen der Privatwirtschaft – auch an der DHBW – im Wettbewerb.

Gall

Innenminister

Anlage 1

Ausbildungshintergrund – technischer Bereich Regierungspräsidium Stuttgart:Ausbildungsgänge im mittleren Dienst:

- Bauzeichner/-in (die verwaltungsinterne Ausbildung wird derzeit nicht mehr angeboten) – Schwerpunkt
- Bautechniker/-in – Schwerpunkt
- Technische Zeichner/-in
- Straßenwärter/-in
- Straßenmeister/-in, eigener Ausbildungsgang, Bewerber werden rekrutiert aus den eigenen Straßenwärtlern
- Vermessungstechniker/-in
- Maschinenbautechniker/-in
- Wasserbautechniker/-in
- Landwirtschaftlich-technische/-r Assistent/-in
- Kfz-Mechaniker/-in
- Baustoffprüfer/-in
- Schlosser/-in
- Chemisch-technische/-r Assistent/-in
- Medizinisch-technische/-r Assistent/-in - Schwerpunkt

Ausbildungsgänge im gehobenen Dienst:

- Ingenieur/-in Bauwesen (FH) – deutlicher Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Architektur (FH)
- Ingenieur/-in Vermessungswesen (FH)
- Ingenieur/-in Landespflege (FH) – Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Gartenbau (FH)
- Ingenieur/-in Agrarwirtschaft (FH) – Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Chemietechnik (FH) – Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Maschinenbau (FH)
- Ingenieur/-in Medizintechnik (FH)
- Ingenieur/-in Verfahrenstechnik (FH)
- Ingenieur/-in Elektrotechnik (FH)
- Ingenieur/-in Umweltschutz, Umwelttechnik (FH)
- Ingenieur/-in Versorgungstechnik (FH)
- Ingenieur/-in Wasserwirtschaft (FH)
- Ingenieur/-in Werkstofftechnik (FH)
- Chemische/-r Ingenieur/-in (FH)
- Geologe/-in (FH)
- Physiker/-in (FH)
- Fachinformatiker/-in
- Bautechniker/-in
- Wasserbautechniker/-in
- Straßenmeister/-in

- Vermessungstechniker/-in
- Grabungstechniker/-in
- Chemielaborant/-in
- Medientechniker/-in
- Fotograf/-in

Ausbildungsgänge im höheren Dienst:

- Ingenieur/-in Bauwesen (Uni) – deutlicher Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Architektur (Uni)
- Ingenieur/-in Agrarwirtschaft (Uni) – Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Wasserwirtschaft (Uni) – Schwerpunkt
- Ingenieur/-in Geographie (Uni)
- Ingenieur/-in Wasserbau (Uni)
- Ingenieur/-in Maschinenbau (Uni)
- Ingenieur/-in Verfahrenstechnik (Uni)
- Ingenieur/-in Chemietechnik (Uni)
- Ingenieur/-in Elektrotechnik (Uni)
- Ingenieur/-in Landschaftsarchitektur (Uni)
- Ingenieur/-in Gartenbau (Uni)
- Biologe/-in (Uni) – Schwerpunkt
- Chemiker/-in (Uni) – Schwerpunkt
- Biochemiker/-in (Uni)
- Physiker/-in (Uni)
- Geograph/-in (Uni)
- Geologe/-in (Uni)

Das Land Baden-Württemberg und die Gebietskörperschaften als Duale Partner der DHBW in technischen Studiengängen zzgl. Wirtschaftsinformatik im WS 13/14						
DHBW						Stand 02.05.2014
Studiengang im Studienbereich Technik zzgl. Wirtschaftsinformatik	Dualer Partner ist das Land Baden-Württemberg bzw. eine Einrichtung des Landes	Dualer Partner seit (Jahr)	für (Anzahl) Studienanfänger im WS 13/14	Dualer Partner ist eine Gebietskörperschaft (Landkreise bzw. Kreise, kreisfreie Städte bzw. Stadtkreise, Gemeinden und Städte) in BW	Dualer Partner seit (Jahr)	für (Anzahl) Studienanfänger im WS 13/14
DHBW Heidenheim						
Wirtschaftsinformatik				Stadt Ulm	1989	1
DHBW Karlsruhe						
Arztassistent	Universitätsklinikum Freiburg	2012	0	Marienkrankenhaus Schwerte gem. GmbH	2010	0
				Fürst Stürm Klinikum Bruchsal	2013	1
				Krankenhäuser Landkreis Freudenstadt gGmbH, Freudenstadt	2012	1
				Klinikum Mittelbaden gGmbH, Baden-Baden	2010	1
Elektrotechnik	KIT	1977	2			
Informatik	Landesanstalt für Umwelt, Messungen u. Natur BW	1986	1	Stadtwerke Baden-Baden	2012	0
	LVG Heidelberg	2011	0	Kreiskliniken Reutlingen GmbH	2009	0
	KIT Karlsruher Institut für Technologie	1977	4	Ortenau Klinikum	2012	1
				Sportklinik Stuttgart gGmbH	2006	0
				Städt. Klinikum Karlsruhe gGmbH	2006	0
				Stadtverwaltung Kehl	2011	0
Sicherheitswesen				Stadt Karlsruhe	1977	1
				Stadt Rottweil	1996	0
				Landratsamt Enzkreis	1994	0
				Landratsamt Bodensekreis	2012	0
				Landratsamt Karlsruhe		1
				Landratsamt Ludwigsburg	2014	0
				Landratsamt Zollernalbkreis		1
				Landratsamt Sigmaringen		1
				Landratsamt Aalen	2014	0
				Landratsamt Calw	2014	0
Wirtschaftsingenieurwesen				SWP Stadtwerke Florzheim	2012	0
Wirtschaftsinformatik	Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Landeszentrum für Datenverarbeitung	1988	1	Stadt Karlsruhe	2009	0
	L-Bank	2011	2	Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg Sparkasse Gernersheim- Kandel	2013	1
					1997	0
DHBW Lörrach						
Wirtschaftsinformatik				Kommunale Informationsverarbeitung, Freiburg	unbekannt	3
DHBW Mannheim						
Elektrotechnik	KIT	2007	2			
Informatik	KIT	2007	0			
Maschinenbau	KIT	2007	4			
Mechatronik	KIT	2007	0			
Wirtschaftsinformatik	Psychiatrisches Zentrum Nordbaden	2009	0	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken	2012	2
	Oberfinanzdirektion Karlsruhe Landeszentrum für Datenverarbeitung (LZfD)	2009	1	Stadt Mannheim	2009	0
	Zentralinstitut für seelische Gesundheit Mannheim	2009	0	Stadt Heidelberg	2009	1
	Psychiatrisches Zentrum Nordbaden	2009	0			
DHBW Mosbach						
Bauwesen				Stadt Freiburg	2012	1
				Stadt Mühlacker	2013	1
Informatik	DHBW Mannheim	2013	1			
DHBW Ravensburg						
DHBW Stuttgart						
Informatik	Landesamt für Geoinformation und Landesentwicklung	2009	3			
	Informatikzentrum der Landesverwaltung Baden- Württemberg	2010	3			
Maschinenbau (Campus Horb)	Vermögen und Bau Baden- Württemberg	2011	0			
DHBW Villingen-Schwenningen						
Wirtschaftsinformatik	Amtsgericht Stuttgart	1999	2	Große Kreisstadt Schramberg	2009	0
	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	2009	0	Landratsamt Rems-Murr- Kreis	2001	0
	Vermögen und Bau Baden- Württemberg	2011	0	Landratsamt Rottweil	2002	1
	Landesamt für Besoldung und Versorgung BW	2009	0	Landratsamt Schwarzwald- Baar-Kreis	1995	0
	Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden- Württemberg	2009	0	Landratsamt Tübingen	2009	1
	Oberfinanzdirektion LZfD Landeszentrum für Datenverarbeitung	2008	0	Landratsamt Zollernalbkreis	1995	0
	Staatsministerium Baden- Württemberg	1996	0	Stadt Eberbach	2008	0
	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	2009	0	Stadt Freiburg i. Br. Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung	2001	1
				Stadt Konstanz	1996	1
				Stadt Reutlingen	1996	1
				Stadt Sindelfingen Haupt- und Personalamt	1999	0
				Stadtverwaltung Bad- Dürheim	2009	0
				Stadtverwaltung Villingen- Schwenningen	2009	0
				Universitätsstadt Tübingen	1996	1
Summe Studienanfänger			26			24